

Der Weg der Studenten zum Marxismus¹

Die Massen der deutschen Studierenden hatten seit der Niederlage der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49 über ein Jahrhundert lang demokratisches Denken verlassen und sich nicht nur mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, sondern auch mit der jeweiligen politischen Machtlage identifiziert. Das galt nicht nur im Deutschen Reich des Herrn von Bismarck, sondern ebenso in der Weimarer Republik, dann im Dritten Reich und am Ende auch in der ersten Restaurationsperiode der Bundesrepublik Deutschland. Soweit diejenigen studentischen Organisationen, die zweifellos die Majorität ihrer „Kommilitonen“ repräsentierten, politische Gefühle ausdrücken wollten oder politische Meinungen vorzutragen hatten, die – wie es dem (höchst relativen) jeweiligen Generationskonflikt entsprach – Randkritik an der gerade gültigen Regierungspolitik ausdrücken sollten, war es nach der Jahrhundertwende Kritik von rechts, zugunsten noch schärferer imperialistischer Politik, als sie von ihrer Regierung aus Gründen realpolitischer Abwägungen vertreten werden konnte, und zugunsten des Antisemitismus, seit (und solange) die Zahl der jüdischen Studenten zunahm (und also möglicherweise nach den Examen als Konkurrenten auftreten konnte).

Diese Voreingenommenheit der Studenten war relativ leicht zu erklären: Auf die Hochschulen gelangten in dieser Periode nur Söhne (und seit dem zweiten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts, aber zunächst in sehr geringer Zahl, auch Töchter) der Oberklassen und der oberen Mittelklasse, die deren Traditionen in aller Selbstverständlichkeit übernahmen, und nach dem Studium (und durch das Studium) in die gleichen sozialen Positionen einzurücken hofften. Die akademischen „Korporationen“ vermittelten bereits durch ihre Existenz diese Kontinuität: Ihnen gehörte man auch nach dem Examen als „alter Herr“ an. An ihnen orientierten sich aber auch die „freien“ (also die „nichtkorporierten“) Studenten in den Fragen des politischen Denkens und Verhaltens bis auf winzige Minoritäten, selbst wenn sie – wie die bürgerliche Jugendbewegung – andere Lebensformen wählten, als sie bei den „schlagenden Verbindungen“ üblich waren. Die Professoren konnten (und wollten) ihnen normalerweise keine Anregung vermitteln, sich grundsätzlich anders zu verhalten. An Karl Marx und Friedrich Engels sein wissenschaftliches Denken auszurichten, hieß im kaiserlichen Deutschland sich aus jeder wissenschaftlichen Laufbahn auszuschließen. Und in der Weimarer Republik sah es nicht besser aus. Der einzige Marxist, der sich nach der Novemberrevolution von seiner (späten) Ernennung zum Professor bis zu seiner Emeritierung an einer deutschen Universität halten konnte, war der Leiter des (privat gestifteten) Frankfurter Instituts für Sozialforschung, Carl Grünberg, ein Austromarxist seiner Herkunft nach; aber auch er hatte keinen Marxisten als sei-

¹ Zuerst erschienen in: Max Schäfer (Hrsg.), Die DKP: Gründung, Entwicklung, Bedeutung. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1978, S. 157-167.

nen Nachfolger durchsetzen können. Sonst galt an der Universität Karl Marx mehr oder minder als Indoktrination des Teufels und (bestenfalls) als nur sehr beschränkt begriffener Gegenstand von Widerlegungübungen.

„Damals eine winzige Minorität“ von Marxisten

So war es damals lediglich eine winzige Minorität von Studenten, die ziffernmäßig kaum in Prozentsätzen auszudrücken ist, die Karl Marx studieren und zum Inhalt eigener Theorie und Praxis machen wollte. Nur während einer ganz kurzen Periode unmittelbar vor dem Dritten Reich wuchs diese Minderheit doch so erheblich, dass sie etwas größere Bedeutung bekam. Seit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929 nahm die Zahl der Akademiker zu, die nach dem Examen mit großer Wahrscheinlichkeit damit rechnen musste arbeitslos zu werden. Die Majorität der „arischen“ Studenten wurde in dieser bedrohten Situation Mitglied oder Anhänger der NSDAP. Ein Teil der jüdischen Studenten, denen nicht nur dieser „Ausweg“ verschlossen war, sondern die außerdem immer stärkerem terroristischen Druck ihrer „arischen“ Kommilitonen ausgesetzt waren, begannen nun (vorübergehend) sich auf die bis dahin extrem kleinen marxistischen Studentengruppen hin zu orientieren. Mit dem Sieg des Dritten Reiches war auch diese, gleichsam Unterbrechungs-Phase abgeschlossen. Die gleichwohl immer noch wenigen marxistischen Studenten haben dann am illegalen Widerstandskampf teilgenommen, meist im Inland, aber z.T. auch in der Emigration (das letztere vor allem diejenigen von ihnen, die herkunftsmäßig Juden waren). Die meisten waren schon bald der Polizei in die Hände gefallen und gelangten nach ihrer Entlassung aus den Strafanstalten in die Konzentrationslager, und viele haben dabei das Leben verloren. Aber illegale Kleinstgruppen marxistischer Studenten hat es bis zum Ende des Dritten Reiches gegeben. Von den Studenten, die erst während des zweiten Weltkrieges durch die totale Inhumanität des Dritten Reiches und seiner Armeen zu kritischem Denken gedrängt wurden, hat aber die Mehrheit Marx und Engels jedoch gar nicht kennengelernt, und verloren die meisten ihre Freiheit (und viele auch das Leben), noch bevor sie die Zeit zu theoretischer Arbeit fanden.

So war es kein Wunder, dass nach dem Sieg der Restauration und der Entstehung der Bundesrepublik Deutschland die Studenten generell zu den Verhaltensweisen zurückgefunden haben, die für sie vor dem Dritten Reich charakteristisch waren. Zwar war – in der Periode vor der Währungsreform, aber auch z.T. in den ersten Jahren darauf wegen der zunächst noch niedrigen Gehälter der oberen und mittleren Beamten und Angestellten, von denen die meisten stammten – ihre zunächst noch Mehrheit, dann starke Minderheit gezwungen, ihr Studium durch eigene Nebenarbeit zu finanzieren; doch waren die durch ihre Eltern vermittelten Vorurteile geblieben (oder rasch wiederhergestellt worden) und wurden von der Professoren-schaft gestärkt, die ihre frühere Rolle im Dritten Reich nun zur Ideologie der Rechtfertigung der Restauration und des Antikommunismus und Antimarxismus im Zeichen der „Totalitarismus“-Theorie umgeformt hatte. Als zwischen 1950 und 1956 die Restauration, die Wiederherstellung des Monopolkapitalismus im Zeichen der „sozialen Marktwirtschaft“ und der politischen Vorherrschaft Adenauers, durch die Rekonstruktion der militärischen Organisation Westdeutsch-

lands ergänzt werden sollte, war zweifellos im Gegensatz zur Haltung der meisten Professoren trotzdem ein großer Teil der Studenten zunächst nicht damit einverstanden, weil die älteren Studenten das Ende des zweiten Weltkrieges selbst erlebt hatten und die jüngeren Studenten fürchteten, sinnlos einige Jahre während des Studiums vor dem Examen zu verlieren. Aber in dieser Periode hatte gleichwohl noch jeder die Gewissheit, nach dem Ende des Studiums Arbeit zu bekommen und hielt deshalb meist generell die Privilegien der „Akademiker“ gegenüber allen „ungebildeten Schichten“, wie sie einst vor der Weltwirtschaftskrise als selbstverständlich gegolten hatten, für seine eigene Sache und für aufrecht erhaltbar. Die vorübergehende Halbopposition gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik führte – schon dank der antimarxistischen Ideologie, die in der Gesamtgesellschaft als selbstverständlich galt – keineswegs zu gemeinsamer Opposition mit den Kräften der Arbeiterbewegung, die sich damals der Wiederbewaffnung aus demokratischen Gründen widersetzen. Nach der Entscheidung dieses Problems konnte deshalb daraus keine breite Welle demokratischer Stimmungen in der Studentenschaft entstehen, die die generelle antimarxistische Ideologie der Universitäten und der Professoren in Frage gestellt hätte.

„Unpolitische“ Stimmung der Studentenschaft der fünfziger Jahre

Für die für deren Bewusstsein „unpolitische“ Stimmung der Studentenschaft blieb deshalb noch immer Antikommunismus und Antimarxismus unangefochten. Diese Denkweise wurde abermals von den gleichen Professoren ebenso bewusst stabilisiert, wie sie das vor 1945 besorgt hatten.

Solche Professoren, die Marx und Engels wenigstens kannten oder gar selbst Marxisten waren, konnten sich auch nach 1945 und erst recht nach 1949/50 nur in an einer Hand aufzählbaren Einzelfällen (und das nur, wenn sie in fast konspirativen Formen lehrten und publizierten) halten. So ging auch im ohnedies zahlenmäßig außerordentlich schwachen SDS, dessen Spitze und dessen Mitglieder nach der Isolierung (und dann 1956 nach dem Verbot) der KPD eindeutig von der SPD beherrscht wurden, die ideologische Führung (außer in ganz wenigen Hochschulgruppen) an jene sozialdemokratischen Richtungen verloren, die deren Godesberger Programm von 1959 vorbereitet und bewusst den Marxismus ablehnen und bekämpfen wollten. Aber dieser SDS war die linke Studentebewegung dieser Zeit.

Unmittelbar vor wie kurz nach dem Godesberger Parteitag der SPD 1959 hat sich diese Lage im SDS und in der kleinen Minorität bewusst demokratisch tendierender Studenten (z.B. vor allem in den winzigen Studentengruppen an manchen Universitäten, die ständige Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsbewegung suchten) zu verändern begonnen. Die immer offenkundigere und bewusstere Preisgabe des Denkens in Klassengegensätzen durch die Sozialdemokratie hat in dieser Kleinstminorität wirklich demokratischer Studenten die Tendenz zu kritischer Auseinandersetzung mit der Ideologie der Anpassung, die in immer deutlicherer Weise jene SPD beherrschte, auf die sie vorher als auf die Gegenkraft zur Allein-

herrschaft der CDU/CSU „gesetzt“ hatte, damit aber gleichzeitig den Wunsch nach marxistischer Aufarbeitung dieser Fragen verstärkt (und also zunächst auch den Willen zur Erarbeitung marxistischer Denkmethoden, wie sie ihnen weder die Universität noch Presse und Büchermarkt vermitteln konnten). Bekanntlich führte das zuerst zur Eroberung des SDS durch Gruppen, die sich für marxistisch hielten (es bedarf hier keiner Aufarbeitung ihrer Differenzen untereinander) und dann zum „Unvereinbarkeitsbeschluss“ der SPD gegenüber dem SDS (und den Vereinigungen älterer Akademiker, die dessen Arbeit finanzieren wollten) 1961, bereits vorher zur Gründung einer prorechtssozialdemokratischen Konkurrenzorganisation durch den Vorstand der SPD, des SHB, der in den ersten Jahren seiner Existenz übrigens ebenso schwach und ziffernmäßig unbedeutend blieb wie der SDS. Das alles geschah immer noch in einer Zeit, in der das alte Korporationswesen sich rasch wiederherstellte und die öffentlich-rechtlichen Selbstverwaltungsorganisationen der Studenten weithin bestimmte, deren größte Sorge es bald war, „gesamtdeutsche“ antikommunistische Kundgebungen zu veranstalten.

Allerdings begann in dieser Zeit – also im Anfang der sechziger Jahre – sich eine erhebliche soziale Veränderung in der Studentenschaft vorzubereiten. Der rasche Übergang zu extremem Monopolkapitalismus (weit höher organisiert als vor 1933 und 1945) und zu starker Rationalisierung und Automatisierung der Produktion, des Distributionswesens und der öffentlichen Verwaltung, deren Aufgabenbereich rasch extrem wuchs, hatte – auch vom Standpunkt der Monopolkapitalisten aus gesehen – die Intensivierung des Erziehungswesens und vor allem eine bedeutende Vergrößerung der Zahl akademisch ausgebildeter Kräfte als erforderlich erscheinen lassen. Die Studentenzahlen wuchsen rasch an. Die „unteren Mittelschichten“, die nicht akademisch ausgebildeten Angestellten und Beamten, aber ebenso (wenn auch immer noch weit unterrepräsentiert) Teile der industriellen Arbeiterklasse stellten nun einen ständig erheblicheren Anteil an den Eltern der stetig steigenden Zahlen der Studenten, also soziale Gruppen, die nicht in gleich selbstverständlicher Weise die früheren Formen der Ideologie des Obrigkeitsstaates und der Verachtung der Nichtakademiker auf ihre Kinder übertrugen, wie das für die bisherige Majorität der Eltern der Studenten charakteristisch gewesen war. Diese Tendenz der Veränderung lief mit einer Generationengrenze parallel, die alle Studenten betraf. Diejenigen Studenten, die während der kurzen und im Westen Deutschlands bekanntlich normalerweise – man denke nur an den Fall des späteren Bundeskanzlers Kiesinger oder an den Filbinger als typische Beispiele – ergebnislosen Entnazifizierungsperiode ihrer Eltern (bekanntlich waren fast alle Angehörigen der Bourgeois und der „oberen Mittelschichten“ in die Verbrechen des Dritten Reichs verwickelt oder mindestens Mitglieder der NSDAP gewesen) erwachsen geworden waren, hatten das Totschweigen der Vergangenheit des deutschen Faschismus (und also die Thesen ihrer akademischen Lehrer) ruhig hingenommen. Wenn ausnahmsweise ein Student „aufmuckte“ und gar die „Frechheit“ hatte, Bücher seiner Professoren von vor 1945 zu zitieren und sie danach zu fragen, wurde er durch ein Disziplinarverfahren (wie sie sogar von sozialdemokratischen Kultusministern in aller Selbstverständlichkeit geduldet wurden) rasch „beruhigt“, und die Mitstudenten

waren damit einverstanden. Denn der Feind war – wie einst im Dritten Reich – im Zeichen des extremen „kalten Krieges“ der Kommunismus. Jeder Widerstandskämpfer in den Reihen der Hochschullehrer galt daher a priori seinen Kollegen und den Studenten als suspekt, wenn man ihn nicht ausnahmsweise für einen halben Tag ausländischen Kollegen gegenüber als Visitenkarte gebrauchen wollte. Von der Ideologie des Nationalsozialismus war eben nur der Antisemitismus mangels jüdischer Konkurrenz (die war ermordet oder emigriert – das hatte „man“ natürlich „nie gewusst“) verschwunden (und in proisraelische antiarabische Hysterie umgeschlagen). Bei der neuen jungen Generation, die seit Mitte der sechziger Jahre aufstieg, war das anders: Sie war auf die Vergangenheit des Dritten Reiches (wie sie die Schule und die Universitäten sorgfältig verschwiegen hatten) neugierig geworden, auch auf die Publikationen und das Verhalten ihrer Professoren in dieser Zeit. Und damit waren an den Hochschulen seit 1964/65 die ersten Konflikte eingeleitet.

Zündstoff war angesammelt

Nur, es passierte nicht das, was an den jüdischen (die Oppositionellen des proletarischen Widerstandes waren in diesen Jahren noch immer vergessen) Mitbürgern unter dem Beifall allzu vieler der damals noch lehrenden Professoren (inzwischen ist ihre Mehrheit aus Altersgründen „emeritiert“; aber ihre unmittelbaren Schüler sind jetzt in Amt und Würden und bestimmen weithin das Bild; sie gehörten jener Generation an, die vor derjenigen der studentischen Rebellion liegt) geschehen war, tagtäglich unter der Protektion aller „westlichen Bundesgenossen“ der NATO in den halbkolonialen Ländern gegen deren Bevölkerung, die gegen ihre Ausbeuter rebellierte. Die Generation der Studierenden vorher hatte den Algerienkrieg noch schlicht ignoriert und hingenommen. Jetzt aber war der Zündstoff angesammelt, der durch die Demonstrationen gegen den Schah des Iran und gegen den Vietnamkrieg explodierte. Nun wurde auch endlich bemerkt, was die Notstands-Gesetzentwürfe für das demokratische Verfassungsrecht zu bedeuten hatten. Die (terroristischen) ersten Gegenzüge der Staatsmacht (am stärksten 1967 im sozialdemokratisch regierten, aber ultraantikommunistischen Berlin, in dem der Student Ohnesorg erschossen wurde) trieb dies Gemisch noch stärker an. Die Linkswendung der Studentenschaft ergriff zur Überraschung der Presse und der Professoren die gesamte Bundesrepublik. Die Vorherrschaft der ach so „unpolitischen“ alten reaktionären Mehrheiten in den studentischen Selbstverwaltungsorganisationen, die wenige Monate zuvor – der Ideologie der Bundesrepublik im „kalten Krieg“ mit seinen „roll back“-Hoffnungen entsprechend – noch an jedem 17. Juni zu Massenkundgebungen gegen die DDR mobilisiert hatten – sie galten keiner staatlichen Aufsichtsbehörde und weder der CDU- noch der SPD-Führung als Wahrnehmung eines angeblich verbotenen „politischen Mandats“ –, war für nunmehr schon mehr als ein Jahrzehnt in kurzer Frist gebrochen. Zudem fiel diese Wendung mit einer ökonomischen Krise zusammen, die kein offiziöser Ökonomie-Professor und kein Ideologe der SPD erwartet hatte.

Frisch politisierte und aktivierte Bevölkerungsgruppen reagierten stets zuerst utopisch und lernen nur langsam rationale Verhaltensweisen und zielgerechtes

Handeln. Der winzige SDS der Jahre zwischen 1961 und 1966 stieg nun rasch zur Massenorganisation mit großer Reputation auf, ebenso der SHB, der die antimarxistischen Formeln seiner vom Vorstand der SPD (der in diesen Jahren immer weiter nach rechts ging, bis er bereit wurde, unter einem ehemaligen Nationalsozialisten als Kanzler in der „großen Koalition“ als Stabilisator der Restauration tätig zu werden) gesteuerten Gründungsperiode bald über Bord warf. Aber beide wurden zunächst von dieser Massenbewegung und Massenstimmung überschwemmt. Auch das war kein Wunder. Die marxistischen (oder besser: den Marxismus langsam lernenden) etwas älteren Kader beider Verbände waren vor Beginn der Massenbewegung extrem klein gewesen. Wie hätte es anders sein können?

Totale Diffamierung des Marxismus

Der Marxismus war in der Bundesrepublik seit der Währungsreform und der Staatsgründung total diffamiert gewesen und wurde es nach dem KPD-Verbot 1956 noch mehr. Er hatte nur illegal oder halblegal vertreten werden können und Werke von Marx und Engels, Lenin und Rosa Luxemburg waren in den fünfziger Jahren kaum zu beschaffen. Die „Aufschwungs“- und „Wohlstands“-Atmosphäre in der BRD hatten seine Kenntnis auch in der Arbeiterklasse fast völlig zerstört. Man kannte ihn nur (und das nur verzerrt oder zu Widerlegungszwecken) aus den Arbeiten der wissenschaftlichen „Kommissionen“ zur Beratung der „Deutschland“-Politik der Bundesregierung, deren Zweck es war, eine „Antiideologie“ gegen das Herrschaftssystem in die DDR zu formieren und in sie hineinzutragen und die Bevölkerung der BRD gegen den „Bolschewismus“ zu immunisieren (oder des entsprechenden Berliner Instituts von A. Gurland und Otto Stammer in West-Berlin kennenlernen) – die übrigens dadurch gleichzeitig doch (wenn auch meist wider Willen) nützliche Nebenwirkungen erzeugten, weil sie Marx gelegentlich zitierten – oder günstigstenfalls durch das Frankfurter „Institut für Sozialwissenschaften“, dessen Leiter – Max Horkheimer und Theodor W. Adorno – aber den Marxismus „geisteswissenschaftlich“ umorientiert und auf die frühesten Frühschriften reduziert „umdenken“ und „einordnen“ wollten, etwas über Marx erfahren. Alle diese Ansätze waren nicht nur strikt antikommunistisch, sondern verabscheuten auch jede praktische Verwertung des Marxismus in Richtung auf eine politische Strategie der arbeitenden Klasse. Den Marxismus wirklich kennenlernen konnten die Studenten in dieser Zeit nur an einer kleinen Provinzuniversität in einem der kleinsten politikwissenschaftlichen Institute dieser Zeit, in Marburg, das von einem ebenso kleinen soziologischen Institut, das unter Führung von Heinz Maus und bald auch von dem zu früh verstorbenen Werner Hofmann stand, unterstützt wurde. Auch dort war man jedoch vor der Wende durch die Studentenbewegung zu einer Sprache der äußersten Vorsicht gezwungen, wenn man diesen isolierten Spielraum erhalten wollte.

So war es nicht erstaunlich, dass die (in den Formen und der Ideologie) utopische Massenbewegung der Studenten, die nun entstand und in kürzester Frist auch den SDS überflutete und eroberte, ihre ideologische Adäquanz zunächst am Frankfurter „Institut für Sozialforschung“ fand. Denn das antikommunistische Unterbe-

wusstsein war ja noch keineswegs in ihr gestorben, obwohl sie nun begonnen hatte, das ideologische „Freiheits“-Gerede, mit dem es seit dem Ende des Dritten Reiches generell (und das natürlich auch durch die ehemaligen Professoren und Propagandisten des Dritten Reiches) auf- und ausgebaut worden war, in vielen Fragen gegen ihre Urheber zu kehren. Damit war zwar der generelle Vorbehalt gegen Marx und Engels verschwunden; aber man kannte den Marxismus dadurch noch lange nicht, sondern nur in den Schranken der „Frankfurter Schule“, und hatte in der relativ kurzen Phase des extremen Aktionismus, die nun folgte, auch nicht Zeit und Lust, ihn ernstlich zu studieren. So hieß ihr „Theoretiker“ Herbert Marcuse und (bis zu seiner Ausschaltung durch einen Mordanschlag) ihr praktischer Führer Rudi Dutschke. Die wenigen, die Marx wirklich kennenlernen wollten oder gar kannten, waren bald relativ isoliert und mussten als „Traditionalisten“ aus dem SDS ausscheiden und die Gründung des MSB (Spartakus) in einigen Vorformen vorbereiten, begannen aber bald auch im SHB vorzudringen. Dass jede Rationalität nach den ersten Rückschlägen bald zerfiel, war mangels jeder Führungsfähigkeit einer größeren intakten Organisation in dieser Phase des extrem spontanen Aktionismus kaum zu vermeiden. Eine der bittersten Nebenwirkungen dieser Lage bestand darin, dass die „adornistische“ und „soziologistische“ Sprache der Studenten ihnen die Möglichkeit der Kommunikation mit den Arbeitern auch in der Entwicklungsphase versperrte, in der diese durch die spontane Streikbewegung von 1969 die Gewerkschaftsspitzen wieder in Bewegung brachten. Doch war der Bann gegen Marx und Engels nun gebrochen. Die deutschen Studenten hatten nicht die Möglichkeit, die ein großer Teil ihrer französischen und italienischen Kommilitonen hatte, unmittelbar von großen und über den „kalten Krieg“ hinweg erhaltenen Parteien und gewerkschaftlichen Verbänden der organisierten Arbeiterbewegung zu lernen, gerade auch in der Vermittlung marxistischer Schulung und Analyse mit der Strategie und mit der Praxis einer großen Arbeiterpartei. Aber der Beginn des Lernprozesses in Richtung auf den Marxismus war nun eingeleitet.

„Diese Studentenbewegung hatte trotz vieler Niederlagen große und dauerhafte Folgen“

Diese Studentenbewegung hatte trotz vieler Niederlagen große und dauerhafte Folgen. Zu ihnen gehört (wenn auch viele andere Fragen mitspielen, wie vor allem die Veränderung der internationalen Machtverhältnisse, die dann ja auch die neue Ostpolitik der Regierungen der „kleinen Koalition“ und die faktische Anerkennung der DDR herbeigeführt hat) die Gründung einer neuen (wenn auch immer noch schwachen) marxistischen Partei in der Bundesrepublik, der DKP, die in einem festen Bündnisverhältnis zum MSB (Spartakus) steht. Sie hatte ferner gewichtige hochschulpolitische Konsequenz, die – obwohl sie nunmehr (auch unter dem Druck eines juristisch offenkundig unlogischen Urteils des Bundesverfassungsgerichts) in der zweiten Restaurationsperiode in immer stärkerem Tempo zurückgenommen werden – kaum noch zu beseitigende Spuren auch hinsichtlich der Lernmöglichkeiten für den Marxismus hinterlassen haben. Es gibt jetzt viele Professoren und Dozenten, die sich für Marxisten hal-

ten und auch einige, die es wirklich sind. Ihre Zahl ist zwar im Gesamtmeer der Universitätslehrer noch immer sehr klein, viel kleiner als in jedem anderen bürgerlich-demokratischen kapitalistischen Staat Europas. Man kann aber als Student sein Studium des Marxismus durch sie anregen und auch anleiten lassen. Marxistische Literatur, auch die der Klassiker, ist jetzt ohne Schwierigkeit zu haben. Zwei studentische Verbände, MSB und SHB, die noch immer breiten Einfluss haben, obwohl die spontane studentische Massenbewegung nun zehn Jahre zurückliegt, halten ihre Mitglieder zu marxistischem Lernen an und wollen ihre Praxis durch Marx und Engels bestimmen lassen. Das Vorurteil gegen den Marxismus, zu dem die offiziöse Ideologie der BRD und alle „staatstragenden“ politischen Parteien, ob CDU/CSU, ob FDP oder die Leitung der SPD, noch immer erziehen wollen, kann immer noch in keiner gesellschaftlichen Gruppe so geringen Einfluss ausüben, wie unter den Studenten. Das Bild hat sich also gegenüber der Lage vor der Mitte der sechziger Jahre völlig umgekehrt.

Das heißt natürlich nicht, diese Lage sei unangefochten oder ungefährdet. Noch immer wirkt die Schule – auch die Oberstufe – nicht auf Studium des Marxismus hin, sondern betreibt vielfach seine Diffamierung; sie erzieht in ihren Lehrplänen in den meisten Bundesländern zu allen Varianten der „Partnerschafts“- und „sozialen Marktwirtschafts“-Ideologie und zum Antibolschewismus. Jede neue Generation, die auf die Universität kommt, muss also neu an ein offenes Verhältnis zum Marxismus herangeführt werden und dann beginnen marxistisches Denken langsam zu lernen. Sie wird dabei nur durch eine winzige Minorität der Hochschullehrer Hilfe finden; diese Arbeit muss also vor allem durch die marxistischen Studentengruppen geleistet werden. Der Klassenfeind weiß dabei sehr genau, weshalb er durch die Berufsverbote die junge Generation immer wieder entmutigen will, an solcher Arbeit teilzunehmen.

Noch hat diese Gegenoffensive der Reaktion nicht zum vollen Erfolg geführt. Seit wenigen Jahren gibt es zum ersten Mal in der deutschen Geschichte eine junge Generation an den Hochschulen, die in ihrer Mehrheit Marx nicht mehr als bloßen Feind empfindet und deren aktivste Gruppe ihn auch studieren will. Wird die junge Generation der Intelligenzschicht, die nach ihrem Studium abhängig arbeiten muss und weiß, dass sie keinerlei Herrenrolle mehr spielen kann (und das in ihrer Mehrheit auch nicht mehr will) und dass sie in hohem Maß in der Stagnationsperiode der kapitalistischen Wirtschaft, in der wir noch lange leben werden, von Arbeitslosigkeit bedroht ist, zu der Hefe im Teig des Empfindens (und dann des Bewusstseins) der abhängig arbeitenden Klasse, die hilft, es zu Klassenbewusstsein zurückzuführen? Sie kann es werden, wenn auch künftig und in immer durchdachterer Weise gewerkschaftliche Bündnispolitik und sorgfältige marxistische Schulungsarbeit der marxistischen Studentenverbände dem stetigen ideologischen Einfluss unkritischer Professoren und der „herrschenden Meinungen“ in den Publikationsmitteln der BRD systematisch entgegenwirken. Denn die Wendung zugunsten des Marxismus, wie sie dank der Studentenbewegung eingetreten ist, entspricht nicht nur objektiverem wissenschaftlichem Denken, sondern auch den realen Interessen der westdeutschen Studenten und der jungen Intelligenzschicht.